



1,2 % der Schülerinnen und Schüler an Sachsen-Anhalts Schulen haben eine nichtdeutsche EU-Staatsangehörigkeit

Vom 30. April bis zum 9. Mai 2022 ist die Europawoche Anlass, den Blick auf die europäische Integration zu lenken. Wie das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt mitteilt, spiegelt sich die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU an den Schulen des Landes bisher kaum wider. Nur 2 955 oder 1,2 % der Schülerinnen und Schüler von der Grundschule bis in die schulische Berufsausbildung besaß im Schuljahr 2021/22 eine nichtdeutsche EU-Staatsangehörigkeit.

An allgemeinbildenden Schulen lernten demnach 2 604 Schülerinnen und Schüler aus dem EU-Ausland. Das waren 1,3 % der Gesamtschülerzahl sowie 19,0 % aller ausländischen Schülerinnen und Schüler. Die mit Abstand größte Gruppe bildeten darunter rumänische Staatsangehörige mit 813 Personen, gefolgt von Polinnen und Polen (474 Personen) sowie Bulgarinnen und Bulgaren (411 Personen).

Noch geringer ist der Anteil an EU-Ausländerinnen und -Ausländern an den berufsbildenden Schulen und den Schulen für Berufe im Gesundheitswesen. 351 Schülerinnen und Schüler aus dem EU-Ausland wurden gezählt, das sind 0,8 % der Gesamtschülerzahl bzw. 10,4 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler. Auch in der schulischen Berufsbildung bilden unter den Personen mit einem EU-Pass die rumänischen Staatsangehörigen mit 75 Personen die größte Gruppe. Es folgen wieder Polinnen und Polen (69 Personen) und Bulgarinnen und Bulgaren (36 Personen).

Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung sind die Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Die Summe der gerundeten Werte kann von der ebenfalls gerundeten Gesamtsumme abweichen.

PRESEMITTEILUNG

Merseburger Str. 2
06110 Halle (Saale)

Tel. 0345 2318-702
Fax 0345 2318-913

Internet:
<https://statistik.sachsen-anhalt.de>
E-Mail:
pressestelle@stala.mi.sachsen-anhalt.de